

## **Fragmentarische Übersicht über einige Abläufe während der Finanzmarktkrise**

Vorbemerkung:

Die Ursachen der aktuellen Finanzmarktkrise sind einmal im ständigen weiteren Auseinanderklaffen zwischen Wert und Wachstum der Realwirtschaft auf der einen und dem Wachsen der Geldvermögen auf der anderen Seite zu sehen. Zum anderen bleibt festzustellen, dass ein wachsender Anteil der Profite, die in der Realwirtschaft entstehen, nicht in diesem Bereich investiert werden, sondern als Investition in den Finanzsektor mit seinen höheren Profitraten getragen werden.<sup>1</sup>

1.

Für das Geschäftsjahr 2002 müssen zahlreiche Banken Wertberichtigungen vornehmen. Das Schlagwort „Bankenkrise“ macht die Runde. Im Februar 2003 organisiert Roland Berger, Unternehmensberater und Berater von Bundeskanzler Gerhard Schröder, ein geheimes Treffen im Wirtschaftsministerium. Teilnehmer sind neben dem Bundeskanzler Finanzminister Hans Eichel, der Minister für Wirtschaft und Arbeit Wolfgang Clement sowie Spitzenfunktionäre des deutschen Banken- und Versicherungswesens. Der Teilnehmer Josef Ackermann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, schlägt die Einrichtung von „Bad Banks“ für faule Kredite der Dresdner Bank, der Commerzbank und der Hypo Vereinsbank vor. Diese Abwicklungsgesellschaft soll die faulen Kredite verbrieft und als Wertpapiere weiterverkaufen. Der Vorschlag Ackermanns wird allerdings nicht umgesetzt.

2.

Ende des Jahres 2006 kommt es auf dem US-amerikanischen Immobilien- und Hypothekenmarkt zu Verwerfungen. Zuvor waren die Preise für Immobilien jahrelang gestiegen und Immobilienkredite waren vergleichsweise günstig zu bekommen. In dieser Phase reichten die Banken Immobilienkredite auch an Kunden mit geringer Bonität aus („Subprime-Kredite“), wobei deren Immobilie als Sicherheit diente. Aus diesem Zusammenwirken (steigende Immobilienpreise und günstige Kredite) entwickelte sich eine Immobilienblase. Die Blase platzt als die Immobilienpreise zu sinken beginnen und immer mehr Kunden aus dem „Subprime-Segment“ ihre Kredite wegen steigender Zinsen nicht mehr bedienen können. Die ersten Banken vermelden Zahlungsausfälle in beträchtlicher Höhe, der Höhepunkt der Welle der Zahlungsausfälle wird in den USA im Frühjahr 2007 erreicht.

In den folgenden Monaten beginnt die Krise sich weltweit auszuweiten. Um Eigenkapitalvorschriften zu umgehen, hatten die Banken besondere Zweckgesellschaften installiert. An diese wurden die zu forderungsbesicherten Wertpapieren verbrieften Kredite, auch die aus dem „Subprime-Segment“, weitergereicht. Die Kredite verschwanden so aus den Bilanzen der Banken, was zur Folge hatte, dass die Banken erneut Kredite vergeben konnten - mehr, als sie es nach den Eigenkapitalvorschriften hätten tun dürfen. Die Zweckgesellschaften

---

<sup>1</sup> Zur Vertiefung vgl. die Publikationen des Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München: [www.isw-muenchen.de](http://www.isw-muenchen.de)

wiederum gaben die forderungsbesicherten Wertpapiere („Mortgage Backed Securities“ - MBS) an Banken, Hedgefonds oder andere Investoren weiter. In einer zweiten Verbriefungs-Stufe wurden diese in einzelne Tranchen aufgeteilten MBS wieder mit Hilfe von Zweckgesellschaften erneut verbrieft zu Colateralized Debt Obligations (CDO), welche wiederum in Tranchen aufgeteilt und weiterverkauft wurden. Durch diese Technik kreierten die Banken und Investoren intransparente und hochkomplexe Finanzprodukte, die teilweise hohe Renditen versprachen (bei gleichzeitig hohem Risiko) und die sich heute weltweit in den Büchern von Banken und anderen Investoren finden. Die ursprünglich verbrieften problematischen US-Immobilienkredite aus dem „Subprime-Segment“ haben so Auswirkungen auf alle Banken und Investoren, die in solche Finanzprodukte investierten - vor allem weil bei Banken und Investoren eine große Unsicherheit über die Werthaltigkeit solcher Produkte herrscht.

3.

Im Sommer 2007 geraten immer mehr Banken und Hedgefonds, die mit o. g. forderungsbesicherten Wertpapieren gehandelt hatten, in Schwierigkeiten. Der Markt für solche Finanzprodukte kommt weitgehend zum Erliegen. Dies hat zur Folge, dass die ursprünglichen Wertpapiere nun als „Schrottpapiere“ die Banken und sonstigen Investoren belasten.

4.

Als eine der ersten großen Banken ist die New Yorker Investmentbank Bear Stearns von dieser krisenhaften Entwicklung betroffen. Seit 2007 in einer schwierigen Lage gerät sie im März 2008 in Liquiditätsprobleme. Im Mai des selben Jahres wird sie von der US-amerikanischen Bank JPMorgan übernommen. Damit wird die Insolvenz von Bear Stearns verhindert.

5.

Die IKB Deutsche Industriebank gibt am 30. Juli 2007 bekannt, dass sie sich in einer existenzbedrohenden Lage befände. Diese resultiere aus dem Geschäft einer ihrer Zweckgesellschaften („Rhineland Funding“) mit forderungsbesicherten Wertpapieren (CDOs), welches durch die „Subprime-Krise“ stark tangiert werde. Die Refinanzierung des „Rhineland Funding“ sei gefährdet, was auf die IKB durchzuschlagen drohe, denn die IKB hatte eine Liquiditätsgarantie für den „Rhineland Funding“ abgegeben. Einige Tage vor dieser Bekanntgabe hatte die Deutsche Bank, die als Depotbank des „Rhineland Funding“ fungierte, ihre Kreditlinien für die IKB gekürzt. Der Hauptaktionär der IKB, die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), sowie Vertreter der Bankenverbände, der Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) einigen sich kurz darauf auf ein erstes „Rettungspaket“ i. H. v. 3,5 Milliarden Euro, womit eine drohende Zahlungsunfähigkeit der IKB vermieden werden soll. 70 Prozent der Summe trägt die staatliche KfW. Im Anschluss daran werden weitere Stützungsmaßnahmen erforderlich. Ab August 2008 befindet sich die KfW nach einer Kapitalerhöhung für die IKB im Besitz von rund 90 Prozent der IKB-Anteile. Im Oktober 2008 verkauft die KfW ihre gesamten IKB-Anteile an den Finanzinvestor Lone Star. Der Kaufpreis soll 137 Millionen Euro betragen haben. Die Rettung der IKB soll die Öffentliche Hand bislang rund 10 Milliarden Euro gekostet haben. Ende Januar 2010 wird bekannt, dass der ehemalige IKB-Vorstandssprecher Stefan Ortseifen sich gerichtlich wegen Börsenmanipulation und Untreue wird verantworten müssen.

6.

Die „Subprime-Krise“ wirkt sich auch auf deutsche Landesbanken aus.

So kommt es bei zwei Zweckgesellschaften der SachsenLB („Ormond Quay“ und „Georges Quay“) mit Sitz in Dublin im Sommer 2007 zu Refinanzierungsschwierigkeiten. Dies wirkt sich dergestalt auf die SachsenLB aus, dass diese sich einer existenzbedrohenden Lage ausgesetzt sieht. Über die zu diesem Zeitpunkt noch bestehende Gewährträgerhaftung drohen die möglichen Verluste der SachsenLB auf das Bundesland Sachsen durchzuschlagen. Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) übernimmt schließlich die Bank, zum 1. Januar 2008 wird die SachsenLB mit der LBBW verschmolzen. Das Land Sachsen übernimmt eine Bürgschaft i. H. v. 2,75 Milliarden Euro für mögliche Verluste der Bank. Weitere Risiken knapp über 14 Milliarden Euro werden nach Medienberichten von der LBBW und den anderen Landesbanken übernommen.

Auch die WestLB, die BayernLB, die LBBW und die HSH Nordbank sind von der „Subprime-Krise“ betroffen. Im Laufe des Jahres 2008 verbuchen sie hohe Verluste und müssen von den Ländern mit Garantien oder Eigenkapitalzuführungen gestützt werden.

7.

Im September 2007 gerät die britische Bank Northern Rock in Refinanzierungsschwierigkeiten. Dies soll auf die Entwicklung auf dem Interbankenmarkt zurückzuführen sein, auf den die Northern Rock in einem großen Maß angewiesen ist. Kunden räumen massenhaft ihre Konten, da sie Angst um ihre Einlagen haben. Eine von der britischen Regierung angekündigte Staatsgarantie für die Einlagen und das Eingreifen der britischen Notenbank kann den Run der Kunden auf die Bank nicht stoppen, allerdings tragen diese Maßnahmen zu einer Stabilisierung des Aktienkurses bei. Anfang 2008 wird Northern Rock verstaatlicht.

8.

Die US-Investmentbank Merrill Lynch muss für das Geschäftsjahr 2007 enorme Wertberichtigungen resultierend aus dem Geschäft mit CDOs vornehmen. Im September 2008 schließt sie sich mit der Bank of America zusammen.

9.

Im Laufe des Jahres 2008 und zu Beginn des Jahres 2009 reagieren die USA mit umfangreichen Konjunktur- und Bankenrettungsprogrammen auf die Krise. Ein erstes Konjunkturprogramm (Economic Stimulus Act of 2008) tritt im Februar 2008 in Kraft und sieht u. a. Steuernachlässe und Investitionsanreize vor. Sein Volumen beträgt 150 Milliarden US-Dollar. Im Oktober installiert die US-Regierung ein Bankenrettungspaket (Emergency Economic Stabilization Act of 2008) mit einem Volumen von 700 Milliarden US-Dollar. U. a. wird der Staat in die Lage versetzt, Finanzinstituten problematische Vermögenswerte abzukaufen. Bei einer vorgenommenen Bankenrettung soll der Staat u. U. an deren späteren Gewinn beteiligt werden. Ein weiteres Konjunkturprogramm (American Recovery and Reinvestment Act of 2009) legen die USA im Februar 2009 auf. Sein Volumen beträgt 787 Milliarden US-Dollar. In Deutschland werden im Dezember 2008 das sog Konjunkturpaket I und im Februar 2009 das sog. Konjunkturpaket II auf den Weg gebracht. Das Gesamtvolumen der beiden Programme beläuft sich auf 80 Milliarden Euro.

10.

Im Juli 2008 bricht die US-Hypothekenbank IndyMac zusammen und wird unter Zwangsverwaltung gestellt. Die US-Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac geraten

im Sommer 2008 ebenfalls in eine Schieflage und werden von der US-Regierung mit Milliardensummen gestützt.

11.

Der US-amerikanische Versicherungskonzern American International Group (AIG) meldet Ende 2007 hohe Verluste, die sich aus seinem Geschäft mit Credit Default Swaps ergeben hatten.<sup>2</sup> Im September 2008 gewährt die US-amerikanische Notenbank Fed dem Konzern einen Kredit über 85 Milliarden US-Dollar. Im Gegenzug übernimmt die Öffentliche Hand ca. 80 Prozent der Anteile. Die US-Regierung stützt den Konzern bis November 2008 mit 150 Milliarden US-Dollar. Weitere Kredite und Finanzhilfen werden im Anschluss notwendig. In Deutschland sind von der Schieflage der AIG zahlreiche Kommunen betroffen, die sich auf Cross-Border-Leasing-Geschäfte<sup>3</sup> (CBL) einließen und sich diese u. a. von der AIG absichern ließen. Dies kann für eine Kommune hohe finanzielle Verluste mit sich bringen, da je nach CBL-Vertrag die Kommune die Risiken aus diesen Geschäften zu tragen hat, sollte der Versicherer in Schwierigkeiten geraten.

12.

Am 15. September 2008 beantragt die US-amerikanische Investmentbank Lehman Brothers Insolvenz, nachdem sie zuvor auf Grund der sog. Subprime-Krise schon mehrere Milliarden Dollar hatte abschreiben müssen. Die US-Regierung, die zuvor die Banken Bear Stearns, Fannie Mae und Freddie Mac mit öffentlichen Geldern gestützt hatte, verweigert eine Stützung von Lehman Brothers, so dass deren Insolvenz nicht mehr abgewendet werden kann. Die Insolvenz von Lehman Brothers und den Verzicht der US-Regierung auf Maßnahmen zur Stützung sehen viele Akteure als Beleg dafür, dass die Devise „too big to fail“ („Zu groß, um Bankrott zu machen“) zumindest zeitweise ihre Gültigkeit verloren hat. Ebenfalls am 15. September 2008 ordnet die BaFin ein Moratorium über den deutschen Zweig von Lehman Brothers, die Lehman Brothers Bankhaus AG in Frankfurt am Main, an. Mit dieser Maßnahme sollen die noch vorhandenen Vermögenswerte gesichert werden. Nach Angaben der BaFin halten sich die Engagements deutscher Institute bei Lehman Brothers „in einem überschaubaren Rahmen und seien verkraftbar“.<sup>4</sup>

Durch die Insolvenz von Lehman Brothers kommt es nach Angaben der deutschen Bankenaufsicht zu einer Verschärfung der Vertrauenskrise unter den Finanzinstituten weltweit. Der Interbankenmarkt, auf dem sich die Kreditinstitute gegenseitig Geld leihen, kommt nahezu zum Erliegen, da die Banken überschüssige Liquidität einbehalten oder bei den Zentralbanken anlegen, anstatt sie auf dem Interbankenmarkt zu verleihen. Dies könnte zur Folge haben, dass einige Banken, die stark auf eine Refinanzierung auf dem Interbankenmarkt angewiesen sind, in Liquiditätsschwierigkeiten geraten.

---

<sup>2</sup> Credit Default Swaps (CDS) sind Finanzprodukte mit denen Kreditrisiken einerseits abgesichert und andererseits gehandelt werden können. Vertragspartei 1 zahlt an Vertragspartei 2 eine Prämie. Vertragspartei 2 verpflichtet sich damit, an Vertragspartei 1 Ersatz zu leisten, wenn deren Kreditnehmer (im CDS-Vertrag benannt) ausfallen bzw. sich das Rating dieser Kredite verschlechtert.

<sup>3</sup> Cross Border Leasing (CBL): Eine Kommune verleast Teile ihrer Infrastruktur (Kanalnetz, Müllverbrennungsanlagen, U-Bahn-Waggons etc.) über Jahrzehnte an einen US-Investor und least sie sogleich wieder zurück. Durch das US-amerikanische Steuerrecht ergaben sich für den Investor mittlerweile umstrittene Steuervorteile, die er mit der Kommune teilen konnte. Die Kommune konnte diesen „Bargeldvorteil“ in ihren Haushalt einstellen. Im Nachhinein wurde vielen Kommunen klar, dass sie sich durch entsprechende CBL-Verträge auf hohe Risiken eingelassen hatten und es sich bei CBL um ein nachteiliges Geschäft für sie handelt.

<sup>4</sup> Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Pressemitteilung v. 15. 9. 2008

13.

Im September 2008 geben die US-Banken Morgan Stanley und Goldman Sachs ihren Status als Investmentbank auf. Im gleichen Monat bricht die Washington Mutual, eines der größten US-amerikanischen Finanzinstitute, zusammen und wird teilweise von JPMorgan übernommen. Die britische Bank Bradford & Bingley wird verstaatlicht. Der belgisch-niederländische Banken- und Versicherungskonzern Fortis, der sich in Refinanzierungsschwierigkeiten befindet, wird Ende September 2008 größtenteils von Belgien, Luxemburg und den Niederlanden übernommen. Die belgische Bank Dexia muss im Oktober 2008 mit Staatsbeihilfen von Belgien, Frankreich und Luxemburg gestützt werden. Nach Angaben der Dexia resultiert ihre Schieflage aus Kreditgeschäften, die sie mit der in Schwierigkeiten geratenen Hypo Real Estate getätigt hatte.

14.

Im September 2008 verbietet die BaFin sog. Leerverkäufe<sup>5</sup> von Aktien u. a. der Commerzbank, der Deutschen Postbank, der Hypo Real Estate Holding, MLP und der Münchner Rückversicherungsgesellschaft. Zunächst soll das Verbot bis Jahresende dauern, es wird jedoch immer wieder verlängert, bis es Anfang 2010 aufgehoben wird. Die BaFin begründet das Verbot damit, dass diese hochspekulative Praxis („Shortselling“) Unternehmen in den Untergang treiben könnte.

15.

Am 15. Januar 2008 gibt die Hypo Real Estate (HRE) per Ad-hoc-Mitteilung bekannt, dass sie ein Portfolio (bestehend aus CDOs) von 390 Millionen Euro abschreiben muss. Für das Jahr 2008 rechnet der Konzern jedoch „vor allem in den Geschäftsfeldern Staats- und Infrastrukturfinanzierung mit Wachstumsimpulsen.“<sup>6</sup> In den folgenden Monaten werden weitere Verluste bekannt. Die deutsche Bankenaufsicht in Gestalt von BaFin und Bundesbank leitet im ersten Halbjahr 2008 umfangreiche Prüfungen der HRE-Gruppe ein. Im Juli 2008 stuft die BaFin die HRE-Gruppe als „systemrelevantes Institut“ ein.<sup>7</sup>

Die Hypo Real Estate Holding AG war 2003 im Zuge einer Abspaltung von der HypoVereinsbank entstanden. Im Jahr 2007 übernahm sie die DEPFA Deutsche Pfandbrief Bank AG (zum 31. 12. 2007) und im Oktober des gleichen Jahres die DEPFA Bank plc mit Sitz in Dublin/Irland. Die DEPFA Bank plc hatte den Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeit in der Staats- und Infrastrukturfinanzierung.

16.

Nachdem er im April 2008 seinen Einstieg bei der HRE angekündigt hatte, erwirbt der US-Finanzinvestor J. C. Flowers im Juni rund ein Viertel der Aktien der HRE.

---

<sup>5</sup> Bei Leerverkäufen wird auf das Sinken eines Aktienkurses gewettet. Ein Investor leiht sich Aktien bei anderen Anlegern gegen eine Gebühr, verkauft die Aktien und hofft danach auf das Sinken des Kurses. Dann kauft er die Aktien zum gesunkenen Kurs wieder an und gibt sie an die Anleger zurück. Die Differenz zwischen Verkaufspreis und Rückkaufpreis ergibt den Gewinn des Investors.

<sup>6</sup> Hypo Real Estate, Ad-hoc-Mitteilung v. 15. 1. 2008

<sup>7</sup> In der Richtlinie zur Durchführung und Qualitätssicherung der laufenden Überwachung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute durch die Deutsche Bundesbank heißt es: „Systemrelevante Institute sind Institute, deren Bestandsgefährdung aufgrund ihrer Größe, der Intensität ihrer Interbankbeziehungen und ihrer engen Verflechtung mit dem Ausland erhebliche negative Folgeeffekte bei anderen Kreditinstituten auslösen und zu einer Instabilität des Finanzsystems führen könnte. Die Einstufung als systemrelevantes Institut erfolgt einvernehmlich zwischen BaFin und Bundesbank.“

17.

Im September 2008 gerät die gesamte HRE-Gruppe in Schwierigkeiten. Zwar verfügen alle zur HRE gehörenden Gesellschaften bis auf die DEPFA Bank plc über ausreichend Eigenkapital. Letzterer droht allerdings die Zahlungsunfähigkeit, da sie ein Geschäftsmodell verfolgt, das auf eine kurzfristige Refinanzierung auf dem Interbankenmarkt setzt. Dieser ist nach dem Zusammenbruch der Lehman Brothers allerdings zu Erliegen gekommen. Die Refinanzierungsprobleme der DEPFA Bank plc drohen sich auf die gesamte HRE-Gruppe auszuwirken.

18.

Am Wochenende 28./29. September 2008 treffen sich im Frankfurter Dienstsitz der BaFin u. a. deren Präsident Jochen Sanio, die Vorstände der HRE-Gruppe, der Präsident der Bundesbank Axel Weber, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank Josef Ackermann, der Vorstandsvorsitzende der Commerzbank Martin Blessing, der damalige Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken Hans-Peter Müller und - später hinzugekommen - der Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen Jörg Asmussen. Neben den Beratungen finden zahlreiche Telefonate u. a. mit dem damaligen Finanzminister Peer Steinbrück und mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel statt. Die Teilnehmer des Treffens einigen sich auf ein erstes „Rettungspaket“ von Bund und privaten Banken für die HRE-Gruppe: Sie soll Kredite in Höhe von 35 Milliarden Euro erhalten. Die Haftung dafür liegt zum größten Teil beim Bund, das Risiko des privaten Finanzsektors wird auf 8,5 Milliarden Euro begrenzt.

19.

Am 4. Oktober scheitert der erste Rettungsversuch. Der Vorstand der HRE hatte zuvor mitgeteilt, dass sich die Liquiditätsschwierigkeiten der DEPFA Bank plc ausgeweitet hätten. Es stellt sich heraus, dass der Liquiditätsbedarf der HRE-Gruppe bei 50 Milliarden Euro liegt. Nach erneuten Verhandlungen wird das Volumen des ersten „Rettungspakets“ um 15 Milliarden Euro auf 50 Milliarden Euro vergrößert. In den folgenden Monaten benötigt die HRE-Gruppe weitere Stützungsmaßnahmen, u. a. vom neu installierten SoFFin (s. u.). Die Summe der Garantien und Beihilfen für die HRE-Gruppe ergibt bislang einen Betrag über 100 Milliarden Euro.

20.

Am 17. Oktober 2008 wird in Deutschland das Finanzmarktstabilisierungsgesetz beschlossen. Als sog. Eilgesetz beschließen Bundestag und Bundesrat kurz nacheinander, Bundespräsident Horst Köhler unterzeichnet noch am gleichen Tag und das Gesetz tritt in Kraft. Mit dem Gesetz soll die Zahlungsfähigkeit von Banken und Versicherungen gesichert werden. Dies soll durch die Einrichtung der Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FSMA) geschehen, die den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) verwaltet. Der SoFFin hat ein Gesamtvolumen von 100 Milliarden Euro. 70 Milliarden Euro sind für die Rekapitalisierung von Finanzinstituten und die Risikoübernahme vorgesehen. Diese Summe, die der Fonds als Kredit aufnimmt, kann nach Zustimmung des Haushaltsausschusses des Bundestags um 10 Milliarden Euro erweitert werden. 20 Milliarden Euro sind als mögliche Leistung aus fällig gewordenen Garantien vorgesehen. Zu diesen 100 Milliarden Gesamtvolumen des Fonds kommt die Möglichkeit, Garantien in einer Höhe von bis zu 400 Milliarden für Finanz- und Versicherungsunternehmen auszusprechen. FSMA und SoFFin arbeiten unter der Aufsicht des Bundesministeriums der Finanzen, die Entscheidungen werden von einem sog. Lenkungsausschuss getroffen. Das Parlament ist in diesen Prozess weitestgehend nicht eingebunden.

Kurz nach der Installation des SoFFin beantragt die BayernLB als erste deutsche Bank, unter den „Rettungsschirm“ des Bundes genommen zu werden (Okt. 2008). Ihr folgen u. a. die HRE-Gruppe (Okt. 2008), die Commerzbank und die HSH Nordbank (beide Nov. 2008), die Volkswagen-Bank und die IKB (beide Dez. 2008) sowie die Aareal Bank (Feb. 2009). Der SoFFin selbst sowie die Bundesregierung veröffentlichen keine Daten zu Banken, die den „Rettungsschirm“ in Anspruch nehmen. Bis Dezember 2009 haben 25 Institute Anträge an den SoFFin gestellt. Das Volumen unterzeichneter Verträge für „Stabilisierungshilfen“ beträgt bislang 148,6 Milliarden Euro (Stand: Dezember 2009), 117 Milliarden Euro davon entfallen auf die Gewährung von Garantien, 25 Milliarden Euro entfallen auf die Vergabe von Eigenkapital und 5,9 Milliarden Euro auf Risikoübernahmen.

21.

Im November 2008 versammeln sich die G20-Staaten in Washington zu einem „Weltfinanzgipfel“. In der Abschlusserklärung „Declaration of the Summit on Financial Markets and the World Economy“ formulieren die Vertreter der G20 – neben einem Bekenntnis zu den Prinzipien eines freien Marktes - eine Reform des Weltfinanzsystems, die aus ihrer Sicht künftige Krisen verhindern soll. Dem gemäß sollen u. a. Rating-Agenturen, Hedge-Fonds und Finanzprodukte stärker als bisher beaufsichtigt werden. Nationale und Internationale Regeln sollen in bessere Übereinstimmung gebracht werden. Dem Internationale Währungsfonds (IWF) soll nach den Beschlüssen der G20 eine ausgeweitete Überwachung der Finanzmärkte zukommen. Auf dem darauf folgenden Gipfel im April 2009 werden die formulierten Vorhaben konkretisiert.

22.

Im April 2009 tritt das Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz in Kraft. Dieses auf die Hypo Real Estate zugeschnittene Gesetz erweitert die Handlungsoptionen des SoFFin und sieht als letztes Mittel eine Verstaatlichung von Banken vor. Kritiker bemängeln, dass sowohl das Finanzmarktstabilisierungsgesetz als auch das Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz maßgeblich von der Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer ausgearbeitet wurde, die wiederum als beratende Kanzlei für Institute auftritt, die Anträge an den SoFFin stellen.

23.

Am 23. April 2009 setzt der Deutsche Bundestag auf Antrag der Fraktionen der FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen einen Untersuchungsausschuss ein, der die Vorgänge um die HRE-Gruppe sowie deren Rettung beleuchten soll. Der Ausschuss wird mit den Stimmen der Oppositionsfraktionen eingesetzt, die Fraktionen von CDU/CSU und SPD enthalten sich bei der Abstimmung. Am 18. September 2009 legt der Untersuchungsausschuss seinen Bericht vor.<sup>8</sup>

24.

Am 17. Juli 2009 tritt das Finanzmarktstabilisierungsförderungsgesetz in Kraft. Es ermöglicht Banken ihre Bilanzen dadurch zu entlasten, dass sie stark risikobehaftete Wertpapiere in Zweckgesellschaften („Bad Banks“) ausgliedern können.

25.

Am 29. Juli 2009 tritt das Gesetz zur Stärkung der Finanzmarkt- und Versicherungsaufsicht in Kraft. Mit dem Gesetz soll der Bankenaufsicht u. a. ermöglicht werden, höhere Eigenmittel-

---

<sup>8</sup> Bericht des Untersuchungsausschusses: Deutscher Bundestag, Drucksache 16/14000

und Liquiditätsanforderungen an Institute festzusetzen. Zudem sollen die Eingriffsmöglichkeiten der Aufsicht bei krisenhaften Situationen verbessert werden.

26.

Nachdem im Juni 2009 eine außerordentliche Hauptversammlung der Hypo Real Estate eine Eigenkapitalerhöhung beschlossen hatte, nach der der Bund sich im Besitz von 90 Prozent der Aktien befand, beschließt eine weitere außerordentliche Hauptversammlung Anfang Oktober 2009 eine Barabfindung von 1,30 Euro pro Aktie für die restlichen Aktionäre. Die Hypo Real Estate ist nun verstaatlicht.

27.

In ihrer Neujahrsansprache für das Jahr 2010 stellt Bundeskanzlerin Angela Merkel fest: „Aber wir können mit guten Gründen hoffen, dass Deutschland diese Krise meistern wird; dass unser Land stärker aus ihr hervorgehen wird, als es in sie hinein gegangen ist; dass sich eine solche Krise nie mehr wiederholt. Dazu müssen und werden wir weiter entschieden daran arbeiten, neue Regeln auf den Finanzmärkten einzuführen, die das Zusammenballen von Maßlosigkeit und Verantwortungslosigkeit in Zukunft rechtzeitig verhindern.“

28.

Anfang Februar 2010 nimmt die BaFin das im September 2008 verhängte Verbot von Leerverkäufen bestimmter Aktien zurück. Die BaFin begründet ihren Schritt damit, dass sich die Finanzmärkte weitgehend stabilisiert hätten.